

Laibacher Zeitung.



Nr. 49.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 2. März

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 20 kr.

1870.

Nichtamtlicher Theil.

Die Jung-Russen.

Es war zu Beginn des Jahres 1863, als der letzte polnische Aufstand ausbrach, und das seit dem Regierungsantritt Alexanders II. rege gewordene russische Nationalgefühl bis zu einer krankhaften Intensität steigerte. Einige russische Publicisten, besonders die Herren Kalkow und Leontjew von der „Moskauer Zeitung“, benutzten die damalige Stimmung, um sie anfangs bloß finanziell auszubeuten, d. h. den von ihnen redigirten Blättern einen größern Absatz zu verschaffen. Nachdem ihnen diese Manipulation über Erwarten gelungen, suchten sie aus den zu ihren Zwecken äußerst günstigen Umständen auch politisches Capital zu schlagen. Sie gründeten und gänzelten die sogenannte jung-russische Partei, welche sich die Vertilgung — Russificirung — sämtlicher fremden Nationalitäten in Rußland zur Aufgabe machte, und sich durch ein anscheinend liberales, die Reformen des Kaisers unterstützendes Programm die Gunst desselben zu gewinnen wußte. Mit der zunehmenden Popularität im Volke stieg auch ihr Ansehen bei der Regierung, auf welche sie täglich mehr Einfluß erlangte. Allmählig gelang es ihr, gemäßigte Männer, wie die früheren Minister der Volksaufklärung, Solowin, und des Innern, Balujew, zu verdrängen, und sämtliche Ministerposten und Staatsämter von Einfluß mit Männern aus ihrer Mitte oder doch mindestens mit Personen, welche ihren Insinuationen nicht widerstrebten, zu besetzen. Als entschiedene Anhänger der jung-russischen Partei, um deren Gunst zu werben selbst der Reichskanzler Fürst Gortschakow nicht verschmähte, sind die Minister des Kriegs, Miljutin, des Innern, Timaschew, der Volksaufklärung, Graf Tolstoi — zugleich ein Zünger des russischen „Ultramontanismus“, der sich mit dem moskowitischen Liberalismus vortrefflich verträgt — und der Reichsdomänen (des Ackerbaues), Seleny, hinlänglich bekannt.

Der erste, ebenfalls siebenjährige, Regierungsabschnitt Alexanders II. von 1855–1862 ist durch bahnbrechende Reformen ausgezeichnet. Diese haben zwar seitdem nicht ganz aufgehört, waren jedoch zu Beginn der Agitationen der „Moskauer Ztg.“ bereits im Gang, oder so weit vorbereitet, daß sie nur noch der Ausführung harften; das Verdienst der seitdem in Angriff genommenen beanspruchten die Jung-Russen, obgleich sie entweder nicht von ihnen herrühren oder, wo dies der Fall, fälschlich als Reformen ausgegeben werden. Wie steht es aber mit den Früchten der wirklichen Reformen? Als Ausdrücke aufrichtiger Menschenliebe eines der edelsten Monarchen hätten sie die wohlthätigsten Folgen äußern müssen. Dennoch war dies nur sehr theilweise, oft gar nicht der Fall. Der Grund liegt in dem Radicalismus ihrer Ausführung, durch welchen die Jung-Russen zu ersehen trachteten was ihnen an eigentlich liberaler und humaner Gesinnung abgeht. So wurde jede Reform innerhalb der Grenze ihrer Sphäre zu einer Revolution im kleinen. Anstatt in Anlehnung an die bestehenden Verhältnisse weiter zu bauen, brach man mit denselben in rücksichtslosester Willkür, und untergrub das Gedeihen der neu anzubahmenden. Wir erwähnen bloß der Bauern-Emancipation, welche wegen ihres in Folge der Einmischung der Jung-Russen eben so unklugen als ungerechten, in Pittbauen und Polen mit besonderer Härte gehandhabten Ausführungsmodus den Ruin fast aller kleinen und zahlreicher großen Gutsbesitzer, den Rückschritt der Landwirtschaft und die Abnahme der Ausfuhr veranlaßte.

Zeigten sich die jung-russische Partei und ihre Organe in der Regierung schon bei den Reformen unfähig und kurzfristig, so sind sie in Bezug auf ihr Hauptaxiom geradezu von einer hartnäckigen Verblendung befangen. Seit dem polnischen Aufstand von 1863 erklärten sie, um die Wiederkehr ähnlicher Ereignisse zu verhüten, die gewaltsame Ausrottung sämtlicher fremden russischen Staatsverband angehörigen Nationalitäten für die erste Aufgabe eines jeden Patrioten. Ihr überall zur Genüge bekanntes und verabschiedetes Werk begannen sie, mit Nikolaus Miljutin, dem „Organisator Polens“ und Bruder des Kriegsministers, an der Spitze, in Pittbauen, Weiß- und Roth-Rußland; sie setzten es fort im Königreich Polen. Nicht zufrieden, die Rolle der Nemesis in jenen Reichtheilen gespielt zu haben, stürmten sie zuerst mit Verdächtigungen und seit 1867 mit Gewaltmaßregeln gegen die wegen Hyper-

lokalität zuvor von ihnen oftmals verspotteten Ostsee-Provinzen Livland, Esthland und Curland los. Die preussischen Erfolge von 1866, die Machtentfaltung Deutschlands und die bekannten Auslassungen des Herrn v. Dalwigk müssen hier zur Verschönerung einer Reihe von Rechtsbrüchen herhalten, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Auch auf das protestantische, schwedische Cultur zugängliche und in glücklicher Abgeschlossenheit sich einer altbewährten Verfassung, einer tüchtigen Verwaltung und gedeihlicher Rechtszustände erfreuende Finnland beginnen sich die Augen dieser Fanatiker mit Scheelsucht und Feindschaft zu richten. Warum soll Finnland so viel vor dem Reiche voraus haben? Frommt ihm nicht auch was diesem genügt? Könnte es sich nicht vielleicht in einem passenden Moment nach der Wiedervereinigung mit Schweden sehnen?

Die inneren Folgen dieser trübseligen Nationalitätenhege sind Tod, Moder, Fäulniß, Elend jeglicher Art. Der materielle Wohlstand aller ehemals polnischen Landestheile ist bereits für Jahrzehnte vernichtet, während man jetzt eben an der Erreichung desselben Ziels in Betreff der Ostsee-Provinzen arbeitet, und Finnland dieses Schicksal noch bevorsteht. Die auf die Praxis übertragene Theorie dieser neuen Organisatoren geht dahin: die nicht national-russischen Bevölkerungselemente zuerst durch die allerernstlichste Gefährdung ihrer Existenz widerstandsunfähig zu machen, um sie später ohne irgend eine Anstrengung — welche nicht Sache der Jung-russen ist — zu russificiren. Warum sollte ihnen, die kein Mittel als zu brutal verabscheuen, dies nicht gelingen? Aber, geblendet von augenblicklichen Erfolgen, gedenken diese Herren nicht der Zukunft. Ohne jegliches Verständniß für Volkswirtschaft achten sie nicht darauf, daß Hunderttausende wohlhabender und reicher Staatsbürger ihren Doctrinen zuliebe an den Bettelstab gebracht werden mußten; sie vergaßen, daß die gänzliche Unsicherheit in allen Lebensbeziehungen eine dauernde Stockung von Ackerbau, Handel, Industrie, mit einem Wort: eine allgemeine Erwerbslosigkeit zur Folge hatte. Hunderte von Millionen betrug die Einbuße des Volkswohlstandes; jährlich verlor der Staat andere Millionen von Rubeln an Abgaben und Steuern; jährlich mußte er aus seinem Säckel wieder andere Millionen unproductiv zu Russificirungszwecken verausgaben. Und alles dies geschieht zudem bei zerrütteten Finanzen. Man fragt so oft mit Staunen: wie es möglich sei, daß ein Staat von den unermesslichen Hilfsmitteln Rußlands nicht schon längst seine Finanz-Calamität überwunden habe? In diesen Verhältnissen liegt die Erklärung und zugleich der Grund, warum es immer tiefer in dieselbe hineingeräth.

Auch auf die äußere Machtstellung des Reichs übt das jetzt herrschende Russificirungssystem einen starken Rückschlag aus. Die Jung-Russen sagen: Rußland sei bedroht — nicht von dem in sich hinsiehenden Oesterreich, auch nicht von dem entfernten Frankreich, oder gar von England, einer bloßen Seemacht, sondern von dem mächtig aufstrebenden preussisch-deutschen Nationalstaat, seinem rührigen Grenznachbar. Ist dies wahr, wie die „Moskauer Zeitung“, der „Golos“ und andere jung-russische Partei-Organe tagtäglich behaupten, so liegt die Veranlassung dazu nicht in dem Siege von Königgrätz, nicht in der veränderten politischen Lage des europäischen Centrums, sondern lediglich in dem Gebahren der Jung-Russen selbst. Wer anders als sie hat Rußland des Ansehens beraubt, dessen es noch zur Zeit des polnischen Aufstandes genoß, und auf welches gestützt Fürst Gortschakow es wagen konnte, die vereinigten Forderungen Frankreichs, Englands und Oesterreichs in Betreff Polens schroff und stolz abzulehnen? Wer arbeitet seit 1863 entschiedener in preussischem Interesse als die russische sogenannte Nationalpartei? Ihr gebührt das Verdienst, die Zerrüttung der Finanzen, mit welcher der Verlust des Einflusses nach außen Hand in Hand geht, zu einer chronischen, von Jahr zu Jahr wachsenden gemacht zu haben. Die Jung-Russen schufen, ähnlich wie ihre Vorfahren, die alten Schythen, im Westen des Reichs einen breiten Gürtel verödeter Provinzen, welche, jeder Abwehr unfähig oder abgeneigt, im Fall eines Kriegs eine leichte Beute Preußens werden müssen. Ohne viel Mühe kann die deutsche Großmacht dann das erreichen, wonach die moskowitische Partei vergeblich strebte; diese glaubte mit Hilfe roher Gewalt eine niedere Cultur an Stelle der höheren setzen zu können — ein Unternehmen, von dem die Weltgeschichte, weil es gegen die Grundprincipien der Sittlichkeit verstößt, kein einziges von Erfolg gekröntes Beispiel auf-

weist. Es kann ihr wohl gelingen, die im Westen des Reichs zwischen dem Eis- und dem Schwarzen Meere gelegenen weiten Gebiete zu entnationalisiren; aber um deren Bewohner mit der russischen Nationalität zu verschmelzen, dazu gebricht es ihr an moralischer Kraft. Deutschland würde hingegen, wenn es einst die ihm als reife Frucht zugefallene Erbschaft anzutreten geneigt sein sollte, in den neu erworbenen Provinzen an Stelle von Verwüstung und Vernichtung wiederum Leben erwecken, und diese würden nach Maßgabe ihres physischen und geistigen Ausblühens auch germanisirt werden.

Die innere Gährung, deren neuestes Zeichen die jüngst entdeckte Verschwörung ist, steht ebenfalls mit der von den Jung-Russen verfolgten Politik im enasten Zusammenhang. Keine sonderlichen Verächter der Monarchie, weder der absoluten noch der constitutionellen, streben sie darnach, dem russischen Staate durch und durch demokratische Grundlagen zu geben. Ja, sie versteigen sich sogar bis zum Socialismus. Wer zum Beispiel das Gemeinde-Eigenthum, ein Haupthebel für die Entwicklung des Wohlstandes in den nationalrussischen Gouvernements, bekämpft, verständig sich, ihrer mit aller Heftigkeit vertretenen Ansicht zufolge, am Genius der russischen Nation und brandmarkt sich selbst. Sie sind dermaßen von ihrem Dogma des Gemeinde-Eigenthums besessen, daß sie völlig davon überzeugt sind, Westeuropa könne sich diesem „unvermeidlichen Fortschritt“ auf die Dauer nicht entziehen. Obgleich sich diese Herren bei Angriffen von conservativer Seite als dem Zeitgeist huldigende Liberale ausgeben, sind sie im Grunde doch bloß eine republikanische Schattirung, welche sich von der eigentlichen Umsturzpartei, den sogenannten Nihilisten, den Bakunin, Tscherkessow und Reischowjew, nicht sowohl absolut als vielmehr graduell unterscheidet. Daß ihre Herrschaft ein vorbereitendes Stadium der Revolution sei, bezeugten die im December vorigen Jahres entlarvten Umtriebe zur Genüge. So wird die Fortdauer des jung-russischen Einflusses für das ganze Reich verhängnißvoll. Folgt Rußland noch länger den Insinuationen dieser Partei, so gibt es sich selbst auf.

Politische Uebersicht.

Laibach, 1. März.

Die „W. Abdpst.“ schreibt über die Verdächtigungen des Reichskanzlers als stände er in einem geheimen Antagonismus gegen das neue Ministerium: „Mehrere geachtete Provinzialblätter, wie der „Tagesbote aus Böhmen“, der „Mähr. Corr.“ die „Graz. Tagespost“ u. s. f., öffnen ihre Spalten neuerdings wieder Wiener Correspondenzen, welche insbesondere das angebliche Verhältniß des Herrn Reichskanzlers zu den der Thätigkeit des cisleithanischen Ministeriums vorbehaltenen Fragen zum Gegenstand der gehässigten und von den unbegründetsten Voraussetzungen ausgehenden Erörterungen machen. Wir würden die Reserve, die wir uns selbst derartigen Insinuationen gegenüber zur Pflicht gemacht, noch ferner aufrecht erhalten, hätte diese Erörterungen nicht Formen angenommen, welche ein ernstes Wort, wenn nicht zur Sache selbst, doch zur Tendenz dieser publicistischen Manöver und Fälschungen verlangen. Denn von Tendenz wird man wohl sprechen dürfen, wenn beispielsweise dem Reichskanzler zugemuthet wird, einen völligen geheimen Feldzugsplan gegen das cisleithanische Ministerium entworfen zu haben und durch die dem Ministerium des Außern untergeordneten Organe propagiren zu lassen, oder wenn geheime Machinationen des Erstern mit den angeblich bevorstehenden Aenderungen in dem Eigenthum eines der ersten hiesigen Blätter in Verbindung gebracht werden u. s. w. Daß man in erster Beziehung jeden Beweis für die Verdächtigung schuldig geblieben ist, hat freilich nach den neuesten Erfahrungen auf diesem Gebiete nichts Befremdendes und auch was das letzterwähnte Gerücht anbelangt, werden die betreffenden Erklärungen in erster Linie wohl nur dem in Rede stehenden Blatte zufließen können. Nur nebenbei sei also bemerkt, daß die Romantik der Voraussetzung, die dem Reichskanzler den Ankauf jenes Blattes mit 1½ Millionen aus den kleinen Ersparnissen der ihm für publicistische Zwecke zur Verfügung gestellten Gelder zumuthet, doch ein klein wenig an Naivetät streift. Oder besser noch an das Opernhafte, denn schwerlich würde sich ein anderes Pendant für das kühne Unternehmen finden lassen, als der Gutsankauf in der „Weißen Dame“, der bekanntlich aus den Monatsresiduen einer Lieutenantssgage bestritten wird.

So wenig also die Angaben selbst einer Widerlegung bedürfen, um so schärfer und entschiedener müssen wir uns gegen die Anschauungen aussprechen, welche die Folie für die Erfindung abgeben. Von diesem Standpunkte aus sehen wir uns genöthigt, alle jene Ausstreunungen zum Zwecke der Fälschung der öffentlichen Meinung als eben so viele Verleumdungen zu brandmarken und diese kategorische Erklärung auch auf etwa noch nachfolgende Gerüchte in dieser Richtung auszudehnen und in aller Form aufrecht zu erhalten."

Die „Karlsruher Zeitung“ erklärt, die badische Regierung sei dem Vasker'schen Antrage fremd. Die Politik der Regierung stütze sich auf die Interessen des Landes; — die Regierung werde aber durch die wiederholten Erklärungen Bismarck's in der Ansicht bestärkt, daß die gegenwärtige halbe Einigung Deutschlands kein Definitivum sei.

Der „Moniteur Universel“ sagt: Briefe aus Rom stellen einen neuen Schritt der Tuilerien in Aussicht, um die päpstliche Regierung und das Concil von jedem Beschlusse abzubringen, welcher den Principien des öffentlichen Rechtes in Frankreich entgegen wäre. Frankreich soll insbesondere auf der Nothwendigkeit bestehen, daß allen im Concil vertretenen Meinungen die Freiheit gesichert werde, sich auszusprechen.

Nach einer römischen Correspondenz der „Tr. Ztg.“ fängt die römische Curie an, einen stillen, geheimen Rückzug anzutreten. Antonelli hat dem französischen Votschaffer sowohl als dem Vertreter Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich die Versicherung gegeben, daß man auf der Durchsetzung des Dogma's der päpstlichen Unfehlbarkeit nicht bestehen werde, ja dieselbe nicht einmal in Vorschlag bringen wird. Nach all dem Lärm, welchen die Vertheidiger und Gegner derselben vor der Oeffentlichkeit geschlagen haben, nach all den Intriguen, welche deshalb in Rom selbst angezettelt wurden, nach all der Erbitterung, welche dieses Thema oder Schema zwischen der römischen Curie einerseits und den Oppositionsmännern andererseits hervorgerufen hat — wird es beseitigt. In dieser päpstlichen Nachgiebigkeit liegt bereits ein Geständniß innerlicher Schwäche. Wir nehmen davon Act. Es sollten ferner wesentliche Aenderungen in dem Ritus der zur katholischen Gemeinde gehörenden armenischen Kirche vorgeschlagen werden. Die Armenier protestiren gegen die allzugroße Dienstfertigkeit ihres Patriarchen Hassun gegenüber dem päpstlichen Stuhle, und das, diese Angelegenheit betreffende Disciplinar-Schema wurde ebenfalls beseitigt. Wir haben somit ein zweites Zugeständniß zu registriren. Beide sind Zeichen, daß man ganz ernstlicher Weise, wenn auch nur mit schlecht verhaltenem Grimme, an den Rückzug denkt. Dieser Rückzug kommt aber zu spät, um einen großen Schaden zu verhindern, welchen sich die päpstliche Regierung durch die Einberufung dieses Concils zugefügt hat. Denn setzt man den Umstand auch bei Seite, daß alle Erwartungen getäuscht wurden und das Concil ebenso unfruchtbar auseinandergeht, als es pompös angekündigt wurde, so haben die unleidlichen Ueber- und Angriffe jener, der römischen Curie ergebenden, ultramontanen Clique, unter den geistreichen und gebildeten Oppositionsmännern eine so feindliche Stimmung hervorgerufen, daß dieselben, wenn auch nur aus natürlicher Gegenwehr, viele Gebrechen des hiesigen Regierungsweises aufgedeckt haben und deren Veröffentlichung als eine mächtige Waffe handhaben werden.

Aus Irland laufen zur Abwechslung wieder einmal recht aufregende Wahl Nachrichten ein. So waren in der Stadt Waterford am 24. v. M. um die verschiedenen Wahlbuden große Pöbelhaufen geschaart, Anhänger des „nationalen“ Candidaten Mr. Smyth, welche die vorbeipassirenden Wähler auf alle mögliche Weise belästigten und mehreren Anhängern Mr. Bernal Osborne's die Fenster einschlugen. Nichtsdestoweniger war das Resultat der ersten Stunde der Abstimmung ganz entschieden für diesen, da er 354 gegen 223 Stimmen seines Gegners aufzuweisen hatte. Einem Telegramm zufolge herrscht in der Stadt die größte Aufregung. Der Eigentümer eines Localblattes wurde vom Pöbel auf der Straße angehalten und durchgeprügelt. Mehrere Straßen sehen wie Trümmerhaufen aus und einige Häuser haben keine ganze Fensterscheibe mehr aufzuweisen.

In Clonmel, der Hauptstadt der berühmten Grafschaft Tipperary, wo der eigentliche Wahlaact am 25ten v. M. stattfinden sollte, hat die Händschau gleichfalls Anlaß zu bedenklichen Unruhestörungen gegeben. Außer Mr. Heron, der ein verlappter Fenier ist, standen zwei offene Fenier im Felde, Charles Richam und Southcote Mansergh. Der Letztere zog sich zu Gunsten seines Gefinnungsgegners zurück, und nachdem die beiden anderen Candidaten lange Reden gehalten hatten, welche außer den Reporters des gewaltigen Spectakels wegen niemand verstehen konnte, wurde die Händschau zu Gunsten Richams erklärt. Mit dem Ende dieser Ceremonie legte die allgemeine Aufregung sich keineswegs und am Abend mußten viele Fensterscheiben für die politische Gefinnung ihrer Eigentümer büßen.

In Constantinopel dauern die Zerwürfnisse unter den katholischen Armeniern fort. Ueber 4000 Laien und an 30 Priester haben sich in der Opposition gegen den Patriarchen Hassoun geeinigt und die Letzteren überdies die Erklärung abgegeben, in keiner von dem Patriarchen abhängenden Kirche künftighin got-

tesdienstliche Functionen üben zu wollen. Einer aus einflußreichen Männern bestehenden Deputation, die dem Großvezier erklärte, daß die von ihr Repräsentirten in keiner Weise mehr dem Patriarchen unterstehen wollten, antwortete Ali Pascha, daß die Regierung nach keiner Richtung der Gewissensfreiheit entgegenzutreten werde. Bei einer am 14. v. M. abgehaltenen kirchlichen Feier wurde die öffentliche Ordnung nur durch das Aufgebot einer ansehnlichen Menge von Polizeisoldaten erhalten, und als das übliche Gebet für den Patriarchen abgehalten werden sollte, verließen die Dissidenten die Kirche.

Aus dem gesetzgebenden Körper.

Paris, 24. Februar. Der gesetzgebende Körper ging gestern zu den Interpellationen, betreffend die officiellen Candidaturen, über. Im Anbeginn gab der Minister des Innern, Herr Chevandier de Valdrôme, folgende Erklärungen ab: Ueber die Vergangenheit ist bei den Wahlprüfungen gerichtet worden, und für sie ist auch das gegenwärtige Cabinet nicht verantwortlich. Die Zukunft der Frage liegt noch fern, zumal nach den Eröffnungen, welche der Minister des Aeußern gestern gemacht hat. Die Regierung kann also nur die Debatte über die sechs partiellen Wahlen aufnehmen, welche während ihrer Amtsführung stattgefunden haben. Bei diesen hat die Regierung ihren Organen die strengste Neutralität zur Pflicht gemacht. Picard motivirt folgende Tagesordnung:

In Erwägung, daß das System der officiellen Candidaturen, welches sich durch die Einmischung der Regierung in den Wahlkampf charakterisirt, geradezu die Verneinung des parlamentarischen Regimes und die Verletzung des Princip's der Volkssouveränität ist, geht die Kammer zur Tagesordnung über.

Nachdem Dumiral für, Grevy gegen das System der officiellen Candidaturen sich erklärt, ergreift das Wort

Zustizminister Olivier: Man muß in dem vorliegenden Falle einen theoretischen und einen praktischen Standpunkt unterscheiden. Was den letzteren betrifft, so betrachtet sich die Regierung, wie sie bei den jüngsten einzelnen Wahlen gezeigt hat, lediglich als eine neutrale Gewalt im Dienste Aller, sowohl ihrer Anhänger als ihrer Gegner. Wir haben eine Reihe von Anordnungen getroffen, um jede Einmischung des Richterstandes, und insbesondere der Friedensrichter, hintanzustellen. Wir bereiten ferner ein Decentralisationsgesetz vor. In theoretischer Hinsicht muß vor allem an die tief einschneidende Veränderung erinnert werden, welche das Princip der Ministerverantwortlichkeit in unserem Regierungssystem vollzogen hat. Die Regierungspartei darf ebensowenig als die andere sich der administrativen Centralisation und der Gunstbezeugungen für ihre Zwecke bedienen; aber sie hat ebenso gut wie die Opposition das Recht, durch das Organ ihrer Führer ihre Candidaten zu bekennen und namhaft zu machen. (Sehr gut! Widerspruch links.) Redner beruft sich auf Aussprüche der Herren Jules Simon und Thiers, welche diese Theorie ausdrücklich anerkannt haben; er könnte, fügt er hinzu, ebenso gut die Autorität eines Cavour und Casimir Perier geltend machen. Jedoch, fährt er fort, ist diese Discussion für jetzt nur eine ganz akademische und ohne jeden praktischen Nutzen; denn die Regierung ist durchaus entschlossen, ihr System der Neutralität auch ferner bei allen partiellen Wahlen beizubehalten.

Unterrichtsminister Segris erklärt über Aufforderung J. Simon's, daß, solange er im Ministerium sein werde, auch die Schullehrer stets zu der strengsten Neutralität in Wahlsachen angehalten werden würden.

Während die Debatte bisher ruhig und gemessen verlief, brachte nun die Rede eines jungen Mitgliedes der äußersten Rechten, des Herrn Dugue de la Fauconnerie, neue Stürme hervor. Dieser Abgeordnete erging sich in dem historischen Nachweise, daß das System der officiellen Candidaturen in Frankreich unter allen Regierungen ohne Unterschied cultivirt worden wäre. Natürlich verweilte er nicht lange bei der Restauration und Juli-Regierung, um dafür in ihrem ganzen Umfange die alten Recriminationen gegen die gouvernementale Beeinflussung der Wahlen unter der Republik von 1848 zu wiederholen. Noch einmal hörte man das bekannte Rundschreiben Ledru-Rollins, die officiellen Erklärungen Jules Favre's, die Erlasse des damaligen Unterrichtsministers Carnot an die Schulvorsteher, die Depeschen, welche die Commissionen der Republik mit dem Minister des Innern austauschten u. s. w. Die unwilligen Unterbrechungen der Linken arteten bald in einen allgemeinen Sturm aus. Wir werden jetzt, ruft Pelletan, hoffentlich auch das Recht haben, die Geschichte des 2. December zu erzählen. Die Anklagen der Palinodie, der Feigheit, des Mangels politischer Ehrenhaftigkeit kreuzen sich unaufhörlich; Herr Dugue schließt mit einer Fluth von Schmähungen auf die Republik: Wir wollen nicht die Republik, weil wir Bonapartisten und Demokraten sind, weil wir nicht ein Ideal von Staatseinrichtung durch die blutigen Auftritte von 1793 oder durch die Comödie von 1848 brandmarkt sehen wollen, weil wir in den öffentlichen Versammlungen gewesen sind und jene Straßenhelden gesehen haben, welche sich hinter ihre weißen Blousen und Dolche verstecken, weil wir nicht von ihren ange-

trunkenen und heiseren Stimmen die Marceillaise hören wollen, welche unsere Väter bei Austerlitz und Balmly sangen, weil wir wissen, wie viel Feigheit hinter dieser Revolutions-Armee steckt, und nicht zusehen wollen, wie dieser von den Parteien bezahlte Abhub von Taugenichtsen und Tagdieben sich aus unserer Tricolore, sei es rothe, sei es weiße Fahnen ausschneidet. (Lebhafter Beifall rechts.) Herr Grevy berichtigt sofort eine Angabe des Vorredners, als ob er im Jahre 1848 Regierungscandidat im Jura gewesen sei; dann verlangen noch die Herren Arago, Cremieux und Garnier-Pages zu persönlichen Bemerkungen das Wort und die Fortsetzung der Discussion muß auf heute vertagt werden. Die Kammer geht in lebhafter Aufregung auseinander.

Aus dem Gerichtssaale.

Graz, 26. Februar. (Eine Engelmacherin.) Das Urtheil in dem von uns mitgetheilten Proceß lautete: Anna Pausch ist des Verbrechens des gemeinen Mordes, sowie der Uebertretungen der Veruntreuung und des Betruges schuldig und wird zu sechszehn Jahren schweren, mit einem Tage Einzelhaft in jedem Monat verschärften Kerkers verurtheilt; Anton Pausch ist der Mithschuld am gemeinen Morde und der genannten Uebertretungen schuldig und wird zu sieben Jahren schweren, mit einem Tage Einzelhaft in jedem Monate verschärften Kerkers verurtheilt.

London, 24. Februar. (Der Proceß Mor-daunt contra Mordaunt), der seit mehr als einer Woche ganz London in Athem hält, hat nunmehr den Höhepunkt erreicht; eine Vergrößerung ist kaum mehr denkbar. Man weiß, daß es sich in diesem Proceß um eine Anklage handelt, die Sir Charles Mordaunt gegen seine Gattin wegen Ehebruchs erhoben hat, den sie mit dem Prinzen von Wales, Lord Cole, Sir Frederick Johnstone u. a. m. begangen zu haben selbst eingestanden hat. Ihr Gatte hat nun auf Scheidung geklagt, aber die Vertheidigung behauptet, daß Lady Mordaunt irrsinnig sei, also nach englischen Gesetzen nicht vor Gericht verklagt werden könne; sie hat aber selbst den Ehebruch eingestanden, und es ist insbesondere constatirt, daß das Kind, das sie zur Welt brachte, an den Folgen einer ansteckenden Krankheit litt, die es von seinen Eltern ererbt haben mußte u. s. w. Im Verlaufe des Proceßes, der von Lord Penzance geführt wurde, wurde auch, und zwar auf sein eigenes Verlangen, der Thronfolger, der Prinz von Wales, vorgeladen, nachdem schon früher zahlreiche Briefe von ihm an die unglückliche Dame, in denen von nichts anderem als Reiten, Schießen und Jagen die Rede war, veröffentlicht worden waren. Man hatte aus Rücksicht auf den Rang des Prinzen ihm ein eigenes Zimmer im Gerichtsgebäude eingeräumt, in dem er seine Reihenfolge abwarten konnte. Nachdem die Aerzte, die Lady Mordaunt behandelt hatten, vernommen worden waren und ausgesagt hatten, daß das Augenleiden des Kindes von einer starken Leukorrhoe herrühre, daß aber der Zustand der Mutter keineswegs auf Geistesstörung irgend welcher Art schließen lasse, wird der Prinz von Wales vorgeladen. Er tritt wie jeder andere Zeuge in die Zeugenloge und leistet in der üblichen Weise (durch Küssen der Bibel) den Eid. Lord Penzance: Es ist meine Pflicht, Eure Hoheit daran zu erinnern, daß kein Zeuge verpflichtet ist, eine Frage zu beantworten, durch welche er sich selbst des Ehebruchs bezichtigt. Dr. Deane (der für Lady Mordaunt als Vertheidiger fungirt) examinirt den Prinzen über seine Beziehungen zur Familie der Lady Mordaunt. Der Prinz gesteht zu, die Dame sehr genau gekannt zu haben, ihr ein Hochzeitsgeschenk gemacht zu haben, mit ihr, allerdings in Gesellschaft seiner Frau, ins Theater gegangen zu sein u. s. w. Zuletzt fragt Dr. Deane: Ich habe nur noch eine einzige Frage an Sie zu richten. Hat irgend welche ungehörige Familiarität oder ein verbrecherischer Umgang zwischen Ihnen und Lady Mordaunt stattgefunden? Der Prinz (mit fester Stimme): Nein! (Applaus im Publicum.) Der Prinz verneigte sich hierauf gegen den Richter und zog sich unter nochmaligem Applaus des Publicums, den die Gerichtsbeamten zu unterdrücken einige Mühe hatten, zurück.

Der nächste Zeuge war Sir Frederick Johnstone, den man bekanntlich ebenfalls mit Lady Mordaunt im Verdacht hat. Zeuge bestätigt, daß er wiederholt mit Lady Mordaunt verkehrt habe; er sei oft mit ihr allein gewesen, aber im Sitzzimmer. Auch in den Stunden von 8 bis 12 Uhr Abends. Aber Ehebruch habe er nie mit ihr getrieben. — Dr. Deane: Sie haben mit Lady Mordaunt allein gespeist? — Zeuge: Ja. — Dr. Deane: Haben Sie ihrem Manne je etwas davon gesagt? — Zeuge: Nein. — Dr. Deane: Waren Sie den Abend nach dem Diner ganz allein? — Zeuge: Der Bediente ging aus und ein, der Saal war möblirt wie gewöhnliche Speisezimmer, Geschäfte hatte ich keine mit Lady Mordaunt. — Im gleichen Tone ging das Verhör noch eine Weile weiter. Zuletzt wurden noch einige Briefe des Prinzen verlesen und die Sitzung hierauf geschlossen. Die „Times“ erörtern in einem Leitartikel den ganzen Vorgang und meint, der Prinz habe sehr unvorsichtig, aber nicht schlecht gehandelt. Seine Briefe würden zwar nicht in eine Musterammlung aufgenommen werden, aber dafür seien sie fast „stupid ehrlich.“

Tagesneuigkeiten.

— (Geschenke für den Kaiser.) Mit dem Bodenbacher Zuge sind 17 Kisten im Gewichte von 57 Centnern in Prag angekommen und sogleich an den kaiserlichen Hof nach Wien weiter expedirt worden. Die Kisten enthalten Geschenke, welche der Beherrscher Japans dem Kaiser Franz Josef übersendete. Die Sendung war in französischer Sprache als Zucker und Kurzwaren bezeichnet.

— (Lehrerinnenbildungsanstalten.) Auf Anfragen, inwiefern männliche und inwiefern weibliche Lehrkräfte an den neu zu errichtenden staatlichen Lehrerinnenbildungsanstalten in Verwendung kommen sollen, dann ob nicht mit diesen Anstalten Institute zu verbinden wären, in denen Lehramtskandidatinnen billige Wohnung und Kost finden können und unter Vertrauen erweckender Leitung und Ueberwachung stehen — hat der Herr Unterrichtsminister erklärt: „Betreffend die Lehrkräfte, wird es die Aufgabe, welche den Lehrerinnenbildungsanstalten gesetzt ist, noch lange Zeit hin unerlässlich machen, männliche Kräfte zu bestellen und weibliche Lehrkräfte nur für die Handarbeiten und etwa noch für fremde Sprachen und Musik zu verwenden. Die gemeinschaftliche wohnliche Unterbringung der Lehramtskandidaten und Candidatinnen ist eine Angelegenheit, auf welche die Regierung einen directen Einfluß nicht nehmen kann, da das Volksschulgesetz davon in Bezug auf die öffentlichen Anstalten aus guten Gründen abgesehen hat. Der Staat wird Stipendien gewähren und es den Theilnehmern überlassen, mit Hilfe derselben etwa auch einem gemeinschaftlichen Haushalte, der ohne directen Einfluß der Regierung am Sitze der Anstalt errichtet werden würde, sich anzuschließen. Nur empfiehlt es sich unter allen Umständen, die Lehrerbildungsinstitute in größeren Städten zu errichten, wo mehr Bildungsmittel zu Gebote stehen und schon die ansässigen Familien ein Contingent von Zöglingen solchen Instituten stellen. Diesbezüglich wird übrigens die Erfahrung weitere Fingerzeige geben müssen.“ Die Frage wegen Errichtung weiblicher Mittelschulen aus öffentlichen Fonds, wodurch zunächst auch die Gewinnung tüchtiger weiblicher Lehrkräfte für die Lehrerinnenbildungsanstalten angebahnt würde, wird übrigens neuerdings im Unterrichtsministerium ventilirt.

— (Dr. Freiherr v. Grebler), Hof- und Gerichtsadvocat, starb am 27. Februar, 4 Uhr Nachmittags, nach längerem Leiden ruhig ohne Todeskampf, umgeben von seiner Familie, für die er noch kurz vor der Auflösung Worte des Trostes fand. Mit ihm verliert Oesterreich einen hervorragenden Mann, der sich in seiner öffentlichen Wirksamkeit der allgemeinen Achtung, im Privatleben der aufrichtigsten Verehrung erfreute.

— (Ein 108jähriger Mann) ist dieser Tage in Eggers (Siebenbürgen) in eigenthümlicher Weise gestorben. Des Morgens stopfte er sich noch eine Pfeife, ging zu seinem in der Scheune arbeitenden Sohne und zeigte ihm an, daß er im Laufe des Tages sterben werde; zugleich machte er diejenigen namhaft, welche zum Leichenbegängniß geladen werden sollten. Der Sohn, der den Alten gut aussehend und wohlgelaunt sah, lachte und ging in den Wald um Holz. Als er nach Hause kam, war der Vater todt. Eine im Hause anwesende Frau erzählte, daß er ohne den geringsten Schmerz verschieden sei. Er habe einen Gang durch den Hof gemacht, dann sei er in die Wohnung gekommen, habe einen Trunk Wasser begehrt, sich niedergelegt und sei ruhig verschieden.

— (Schlecht abgelaufener Maskenscherz.) In Sisset begab sich am 21. d. der Förber Kutner maskirt zu seinem Nachbar Augl, einem Wirth, bei dem mehrere Personen waren, die sich in guter Laune befanden. Augl's Sohn wollte Kutner demaskiren; deswegen entstand eine Zänkelei — da kam der Wirth selbst und versetzte Kutner mit einem Holzscheit einen kräftigen Schlag in den Nacken, daß Kutner augenblicklich niedersank und den folgenden Tag den Geist aufgab. Augl Vater und Sohn befinden sich in Haft.

— (In Mailand) hat sich mit dem Senator Grafen Torelli an der Spitze ein Verein gebildet, der zum Andenken an die bei Solferino und Magenta gefallenen

italienischen und französischen, sowie österreichischen Krieger auf den genannten Schlachtfeldern zwei Capellen mit einem Kostenaufwande von 90.000 Francs errichten wird.

Locales.

— (Die gestrige Corsofahrt) war, wenn auch durch das trübe Wetter nicht begünstigt, animirter, als nach den vorausgegangenen Saisons zu erwarten. Eine nicht unbedeutende Anzahl Wagen waren erschienen, auch Masken, mitunter originelle, fehlten nicht; Conjetti waren bald vergriffen. Dazu Musik und fröhliche Volksmassen. Wir können also mit dem Ergebnis des heutigen Corso's zufrieden sein und hoffen, daß dieses Faschingsvergnügen immer mehr cultivirt werden wird.

— (Musealverein.) Wir erlauben uns auf die heute Abends 5 Uhr stattfindende Monatsversammlung aufmerksam zu machen und beizufügen, daß nach derselben im Clubzimmer der Casino-restaurant ein Vereinsabend stattfindet.

— (Die Sitzung des ärztlichen Vereins), welche auf den verflossenen Samstag, den 26. v. M., anberaumt war, wurde auf Samstag den 5. März verlegt.

— (Erdbeben.) Gestern Abend um 9 Uhr wurde hier ein nicht unbedeutender Erdstoß verspürt.

— (Generalversammlung des gewerblichen Aushilfs-Casse-Vereins.) Der hiesige gewerbliche Aushilfs-Casse-Verein hielt am 27. v. M. im großen Saale des Magistrates die vierzehnte ordentliche Generalversammlung, welche von sehr vielen ordentlichen Mitgliedern und auch von mehreren Ehrenmitgliedern besucht war. Der Vortrag des Vereinsvorstandes, Johann Nep. Horak, und der gleichzeitig zur Vertheilung gekommene Rechnungsabschluß des Vereins bewahrheiteten den Wahrspruch: „Hilf dir selbst, so wird dir geholfen.“ Der Vortrag hebt hervor, daß die Capitaleinlagen im abgewichenen Jahre von 355 Mitgliedern 20.164 fl. 43 kr. betragen und 11.673 fl. 41 kr. an 18 Mitglieder zurückbezahlt wurden, und daß bei allgemein ungünstigen Verhältnissen der Verein bei der größten Vorsicht kaum zu arbeiten vermöge. Bei der stattgefundenen Neuwahl einiger Directionsmitglieder wurden die statutenmäßig Auszutretenden wiedergewählt.

Wer sich bei einer großartigen Geldverlosung ohne große Kosten zu betheiligen Lust hat, den machen wir auf die im heutigen Blatt stehende Anzeige der Staatseffectenhandlung A. Goldfarb in Hamburg aufmerksam. Dieses Haus ist durch Auszahlung von Millionen Gewinne überall bekannt und gehen für die nächste Geldverlosung Tausende von Bestellungen zu.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“)
Wien, 1. März. Budgetdebatte. Das Unterhaus bewilligte dem Unterrichtsminister Carte blanche zu Volksschulzwecken.

Berlin, 1. März. Im Reichstag wurde die Aufhebung der Todesstrafe trotz der Opposition Bismarck's beschloffen.

Wie man der „Tr. Z.“ aus sonst guter Quelle mittheilt, wird der Handelsminister die den Predilbahn-bau betreffende Vorlage demnächst im Reichsrathe einbringen, und zwar derart, daß die Regierung ermächtigt werden soll, die Bahn von Tarvis nach Görz auf Staatskosten zu bauen. Für das Jahr 1870 werden zu diesem Zwecke drei Millionen Gulden bewilligt, welche im Wege des öffentlichen Credits als schwappende Schuld aufgebracht werden sollen. Von Villach nach Tarvis wird der Bau der Rudolfsbahn concessionsmäßig verlichen.

Wien, 1. März. Die „Wiener Zeitung“ bringt die Ernennung des Sectionsrathes Erb zum Ministerialrath und Presseleiter und publicirt die österreichisch-britische Nachtrags-Convention.

Prag, 28. Februar. (Tgpr.) Der deutsche Verfassungsrath beschloß, eine Adresse an das Ministerium

zu richten, worin für Aufhebung des Concordats und directe Wahlen plaidirt und das Vertrauen der deutschen Bevölkerung versichert wird. Desgleichen wurde eine Petition um Aufhebung des Zeitungssimpels, Abschaffung des obligaten Religionsunterrichtes und Activirung des Verwaltungsgerichtshofes beschloffen.

Rom, 28. Februar. (N. Fr. Pr.) Der Papst wird vom Concil verlangt, das Dogma der unbefleckten Empfängniß solle nicht als ein neues, sondern als ein in den Beschloffen der früheren Concilien schon enthaltenes erklärt werden.

Paris, 28. Februar. (N. Fr. Pr.) Guizot jun. ist zum Director der akatholischen Culte im Cultusministerium designirt. — Ein Telegramm der „Patrie“ aus Athen vom 26. meldet, eine republikanische Verschwörung sei entdeckt worden.

Paris, 28. Februar. (Pr.) Es wird berichtet, König Don Francesco d'Assis wolle das bewegliche Vermögen seiner Gemalin, der Königin Isabella, mit Beschlag belegen, um auf diese Weise das durch die gegenwärtige Verwaltung gefährdete Vermögen seiner Kinder zu retten.

Paris, 28. Februar. (Pr.) Gestern war bei der Prinzessin Mathilde Ball. Der Erzherzog Albrecht, der Kaiser, die Kaiserin, sowie der kaiserliche Prinz waren anwesend.

Point de Galle, 28. Februar. (W. Tagblatt.) In der Nähe von Yokohama ereignete sich ein Zusammenstoß des Dampfers „Bombay“ mit der amerikanischen Corvette „Onida“, in Folge dessen letztere versank. Es sind 120 Menschen umgekommen.

Telegraphische Wechselcourse

vom 1. März.
5perc. Metalliques 61.30. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 61.30. — 5perc. National-Anlehen 71.15. — 1860er Staatsanlehen 96.80. — Banknoten 728. — Credits Actien 275.40. — London 124.35. — Silber 121.50. — R. 1 Ducaten 5.84.

Das Postdampfschiff „Silesta“, Capitän Trautmann, ging am 24. Februar von Genua via Havre nach New-York ab.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Krainburg, 28. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 61 Wagen mit Getreide, 2 Wagen mit Heu und Stroh, 13 Wagen mit Holz, 6 Wagen mit Speck, 25 Stück Schweine von 16—23 fr. pr. Pfd.

Durchschnitts-Preise.

	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen pr. Megen	5	43	Butter pr. Pfund	—	40
Korn	3	70	Graupen pr. Maß	—	—
Gerste	—	—	Eier pr. Stück	—	24
Häfer	2	58	Milch pr. Maß	—	10
Halbfrucht	—	—	Rindfleisch pr. Pfd.	—	19
Heiden	3	20	Kalbsteisch	—	23
Hirse	3	50	Schweinefleisch	—	20
Kukuruz	3	20	Schöpfenfleisch	—	—
Erdäpfel	1	80	Hähnchen pr. Stück	—	—
Linzen	—	—	Tauben	—	—
Erbsen	—	—	Heu pr. Zentner	1	42
Wicken	3	52	Stroh	—	95
Rindschmalz pr. Pfd.	—	53	Holz, hartes, pr. Kst	6	80
Schweinschmalz	—	38	— weiches	4	50
Speck, frisch	—	32	Wein, rother, pr. Eimer	—	—
Speck, geräuchert, Pfd.	—	—	— weißer	—	—

Theater.

Heute: Norma, Oper in 3 Akten.
Morgen: Täuschung auf Täuschung, Schauspiel in 5 Akten. Benefice des Hrn. Kottmann.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Wetter	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Einheiten auf 0° R. reducirt	Temperatur nach Reaumur	Wind	Wolkenbed.	Niederschlag binnen 24 St. in Pariser Linien
1	6 U. Mg.	329.01	+ 0.4	windstill	Rebel	0.00
2	9 „	329.87	+ 3.0	windstill	trübe	—
10	„ Ab.	329.72	+ 4.2	windstill	trübe	—
Morgennebel, tagüber geschlossene Wolkendecke, einfarbig. Das Tagesmittel der Wärme + 1.5°, um 0.1° über dem Normale.						
Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.						

Börsenbericht.

Wien, 28. Februar. Die Börse war anfangs sehr günstig, doch im späteren Verlaufe drückten Realisirungen die Course in empfindlicher Weise. Um 12 Uhr notirten: Credit 275.40, Anglo 347.50, Lombarden 242.40. Die Mittagsbörse war auf etwas knapperen Geldstand matter und notirte man um halb 1 Uhr Credit 275, Anglo 346.75, Franco 122.25, Tramway 156.25, Napoleons' d'or 9.43. Um 2 Uhr schließen alle Devisen:

A. Allgemeine Staatsschuld.			C. Actien von Bankinstituten.			E. Pfandbriefe (für 100 fl.)			G. Privatloose (per Stück.)		
Für 100 fl.			Geld Waare			Geld Waare			Geld Waare		
Einheitsliche Staatsschuld zu 5 pCt.			Anglo-östr. Bank abgeseh.	348.50	349.—	Flöyb, östr.	362.—	365.—	Deferr. Nordwestbahn	94.90	94.95
in Noten verzinst. Mai-November			Anglo-ungar. Bank	99.75	100.—	Ömnibus	151.—	153.—	Siebenh. Bahn in Silber ver.	90.25	90.50
" Silber " Februar-August			Boden-Creditanstalt	336.—	338.—	Rudolfs-Bahn	164.25	164.75	Staatsb. 3 1/2 % 500 fr. „	144.—	145.—
" " " Jänner-Juli			Creditanstalt f. Handel u. Gew.	275.60	275.80	Siebenbürger Bahn	168.—	168.50	Siebh. 3 1/2 % 500 fr. „	121.75	122.—
" " " April-October			Creditanstalt, allgem. ung.	93.50	94.—	Staatsbahn	378.—	379.—	Siebh. Bonds 6 % (1870—74)	—	—
Staatsanlehen rückzahlbar (2)			Compt. d'Escompte, allgem. ung.	985.—	990.—	Südbahn	242.60	242.80	„ „ 500 fr. „	250.50	251.—
Rosa v. J. 1839			Compt. d'Escompte, allgem. ung.	124.25	124.75	Südb-nordb. Verbind. Bahn	174.25	175.—	C. Privatloose (per Stück.)		
" " 1854 (4 %) zu 250 fl.			Francö-östr. Bank	69.—	69.50	Therz-Bahn	243.—	243.50	Creditanstalt f. Handel u. Gew.	160.75	161.—
" " 1860 zu 500 fl.			Generalbank	727.—	729.—	Tramway	157.25	157.75	zu 100 fl. 8 B.	15.50	16.—
" " 1860 zu 100 fl.			Nationalbank	95.50	96.—	E. Pfandbriefe (für 100 fl.)			Rudolf-Stiftung zu 10 fl.	15.50	16.—
" " 1864 zu 100 fl.			Niederländische Bank	93.25	93.75	Ang. öst. Boden-Credit-Anstalt	107.50	108.—	Wechsel (3 Mon.) Geld Waare		
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. 8 B. in Silber			Vereinsbank	119.25	119.75	verlosbar zu 5 pCt. in Silber	89.60	89.80	Augsburg für 100 fl. südb. W.	103.30	103.50
" " " " " " " "			Wiener Bank	71.50	72.—	dto. in 33 J. rückz. zu 5 pCt. in ö. W.	97.60	97.80	Frankfurt a. M. 100 fl. detto	103.55	103.75
" " " " " " " "			D. Actien von Transportunternehmungen.			Nationalb. auf ö. W. verlosb.	97.60	97.80	Hamburg, für 100 Mark Banco	92.10	92.20
" " " " " " " "			Alföld-Kimmaner Bahn	174.75	175.—	zu 5 pCt.	97.60	97.80	London, für 10 Pfund Sterling	124.45	124.60
" " " " " " " "			Bahn Westbahn	233.50	234.—	Def. öst. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 pCt. rückz. 1878	98.—	99.—	Paris, für 100 Francs	49.45	49.50
" " " " " " " "			Carl-Ludwig-Bahn	236.25	236.75	ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 pCt.	90.50	91.—	Course der Geldsorten		
" " " " " " " "			Donau-Dampfschiff. Gesellsch.	590.—	592.—	F. Prioritätsobligationen.			R. Münz-Ducaten	5 fl. 55 kr.	5 fl. 86 kr.
" " " " " " " "			Elisabeth-Westbahn	193.25	193.75	a 100 fl. ö. W.	—	—	Napoleons' d'or	9	93
" " " " " " " "			Ferdinands-Nordbahn	2140.—	2140.50	Elis.-Westb. in S. verz. (1. Emis.)	105.25	105.37	Vereinsthaler	1	83
" " " " " " " "			Königsbrunn-Bahnen	182.—	182.50	Ferdinands-Nordb. in Silber verz.	93.60	93.80	Silber	121	50
" " " " " " " "			Kranjsteden-Bahnen	187.—	187.50	Kranz-Josephs-Bahn	102.50	102.75	Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Privatnotierung: 86 — Geld, 94 Waare		
" " " " " " " "			Kranz-Josephs-Bahn	209.50	210.—	Carl-Ludwig-B. i. S. verz. 1. Em.	102.50	102.75			
" " " " " " " "			Remberg-Egern-Jaffner-Bahn	—	—						